

Erhalten bleibt
mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.
Preis vierteljährlich
per mit Nachschub
1.20 M., im Bezugs-
und 10 Km.-Bezugs-
1.25 M., im übrigen
Württemberg 1.35 M.,
Monatsabonnement
nach Tarifliste.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 23.

85. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 23.

Angaben-Gebühr
für die einspalt. Zeile aus
gewöhnlicher Schrift oder
deren Raum bei einmal.
Einsparung 10 S.,
bei mehrmaliger
entsprechend Abat.

Beilagen:
Pflanzkalender,
Illustr. Sonntagsblatt
und
Schulb. Kalendar.

Nr. 272

Montag, den 20. November

1911

Agf. Oberamt Nagold.

Die Ortsbehörden wollen ihren voraussichtlichen Bedarf an Formularen in Militärsachen für 1912 spätestens bis 1. Dezember hieher anzeigen.

Den 18. Nov. 1911. Kommerzell.

Bekanntmachung, betr. die Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Nagold ist erloschen. Die am 29. Sept. 1911, Gef. Nr. 229, bezw. 12. Okt. 1911, Gef. Nr. 240 bekanntgegebenen Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. Der Oberamtsbezirk ist z. Zt. frei von Maul- und Klauenseuche.

Nagold, den 20. Nov. 1911.

Ammann Mayer.

Der Wetterwart.

Politische Umschau.

Ueberraschend schnell ist in unserem Nachbarlande Bayern ein politisches Problem gelöst worden, denn um ein solches handelt es sich bei der in dieser Woche vollzogenen Auflösung des Landtags. Ursache und Wirkung liegen hier eng beieinander. Der Konflikt zwischen Regierung und Landtag ist dadurch herausbeschworen worden, daß in letzterem das Zentrum die absolute Mehrheit hatte und auf diese Macht gestützt der ihr mißliebigen Regierung die Mitarbeit verweigerte, sodas diese entweder zur Opferung eines Ministers, dem die Gegnerschaft des Zentrums in erster Linie galt oder zum Rücktritt des gesamten Kabinetts oder zur Auflösung des Landtags sich entschließen mußte. Da nur der letztere Schritt die Möglichkeit bot, andere Verhältnisse als bisher zu schaffen, d. h. eine Zusammenlegung des Parlaments zu Wege zu bringen, in dem eine Partei nicht allein den Ausschlag gab, so war bei der Schwere des Konflikts die erfolgte Lösung der Krise die gegebene. Was den Konflikt herbeiführte, sei hier kurz rekapituliert: Wie erinnerlich, hatte im Sommer der Verkehrsminister von Frauenborfer einen gegen den sozialdemokratisch gestimmten Süddeutschen Eisenbahner-Verband gerichteten Erlaß herausgegeben. Dieser die Agitation des Verbandes einschränkende Erlaß war dem Zentrum nicht scharf genug, weil es das völlige Existenzverbot für den Verband wünschte und dadurch für den von ihm (dem Zentrum) selber protegierten Christlichen Transportarbeiterverband Zuwachs erwartete. Der Erlaß des Verkehrsministers wurde aber vom Gesamtministerium gedeckt, das auch bei Behandlung der Angelegenheit in der Kammer zum Ausdruck kam. Dem Zentrum schien nun die Gelegenheit günstig, in anderer Weise den Verkehrsminister seine Unzufriedenheit fühlen zu lassen. Als dieser bei Behandlung einer in sein Ressort fallenden Frage in der Kammer nicht anwesend war, gab dies einem Zentrumsabgeordneten Anlaß, ihm Vernachlässigung seiner Pflichten vorzuwerfen, ohne daß der Vizepräsident des Hauses, ebenfalls ein Zentrumsabgeordneter, dagegen einschritt. Der Minister sah sich infolgedessen veranlaßt, am andern Tag die Angriffe scharf zurückzuweisen. Das Zentrum aber verlangte von ihm Resignation und als diese nicht erfolgte, beschloß es zu streiken, d. h. seine Mitarbeit im Finanzanschluß zu verweigern. Damit war die Arbeit des Landtags lahmgelegt und die Regierung wählte von den oben bezeichneten Auswegen den 3., die Auflösung des Landtags.

Die Bedeutung der dadurch erforderlich gewordenen Neuwahlen liegt nun darin, ob es gelingt, die absolute Mehrheit des Zentrums zu brechen. Die Wahlkreiserteilung, die im Jahr 1906 vom Zentrum selbst geschaffen wurde, ist hierfür zwar nicht günstig, aber es wird in politischen Kreisen sehr schon ernstlich damit gerechnet, daß ein Zusammenschluß der übrigen Parteien erfolgt und hierbei auch auf die Sozialdemokratie gerechnet werden kann, was deshalb besonders bemerkenswert ist, weil diese bei den letzten Wahlen mit dem Zentrum zusammengegangen war. Auf diese Weise kann es möglich sein, die bisherige $\frac{2}{3}$ Mehrheit des Zentrums zu brechen. Der Vorgang wirkt aber zugleich symptomatisch für die bevorstehenden Reichstagswahlen, weil damit für diese die gleiche Parteisignatur gegeben erscheint. Man wird jedenfalls bis zu einem gewissen Grade auch mit einem bayerischen Großblock rechnen dürfen und die weittragende politische Bedeutung der Ereignisse ergibt sich daraus von selbst.

Die Entwidlung der Marokkoangelegenheit im Reichstag hat wenigstens nach einer Seite hin noch einen befriedigenden Verlauf genommen durch die Zusage der Regierung, künstlich in der Frage, die eine Aenderung unseres kolonialen Besitzes betreffen, die Mitbestimmung des Reichstags einzuholen. Die Entdeckung dieses Rechts, das uns

im Volk als selbstverständlich erscheint, für dessen Verweigerung aber die Regierung wenigstens formellen Anspruch zu haben glaubte, ist des wegen besonders hervorhebend, weil die Regierung eben trotz dieses Anspruchs sich nicht der Einsicht verschließen konnte, daß sie einer derart machtvollen Kundgebung des Volkswillens nicht länger entgegenstellen durfte, daß sie bei aller stark konservativen Gesinnung eben doch gelernt hat, sich den fortschreitenden Zeitverhältnissen allmählich anzupassen, ob mehr der Not gehorchend als dem eigenen Erbe, ist für die Sache an und für sich ziemlich gleichgültig.

Aus dem während der Marokkothage zwischen dem Reichskanzler und dem konservativen Führer Heydenbrand entstandenen Konflikt haben politische Kreise mehr voreilig als tiefgründig den Schluß gezogen, daß wir vor einer völligen Umwälzung unserer inneren Politik stehen, ja manche sehen schon die liberale Morgenröte herausziehen. Eine Brille, mit etwas praktisch-nüchtern zugeschiffenen Gläsern wird diese Propheten bald eines besseren belehren, sie werden sehen, daß sie sich schwer getäuscht haben, aus einer momentanen fast rein persönlichen Bestimmung heraus so weitgehende Schlüsse gezogen zu haben. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der wegen Fragen der äußeren Politik entstandene Konflikt nicht die geringste Mitwirkung auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Regierung und Konservativen in der inneren Politik haben wird.

Die Beurteilung der augenblicklichen Kriegslage in dem türkisch-italienischen Konflikt hängt dadurch etwas in der Schwebe, daß noch kein fester Entschluß der italienischen Regierung bezüglich der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes durch eine Flottenaktion im ägäischen Meer vorliegt. Es wirken hierbei verschiedene Faktoren mit: ein unter Umständen leicht zu gemächtigender Einspruch der Mächte, die in sicherer Aussicht stehende Ausweisung der Italiener aus der Türkei und die Tatsache, daß damit für den Fortgang des Krieges so gut wie nichts gewonnen wäre. Denn man kann doch in Italien kaum so kurzfristig sein, zu glauben, daß die Befehung von ein paar Inseln oder Küstenplätzen die Türken gefügig machen werde. Im Gegenteil, diese Verwickeltheit der Lage macht es auch verständlich, daß in den letzten Tagen die Friedensgerüchte wieder in stärkerem Maße hervorgetreten sind; ihre Berechtigung ist deswegen freilich nicht weniger in Frage zu stellen als früher, denn die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz in Tripolis haben die Annerkennung Ansprüche der Italiener noch nicht im geringsten gefördert. Wenn es sich um ein Nachgeben der Türkei im jetzigen Stadium handeln sollte, so könnte es nur in dem Sinne sein, daß die Italiener an die Türkei freiwillig eine entsprechende Entschädigung zahlen. Daran ist aber im jetzigen Augenblick wohl kaum zu denken und so werden wir eben für die nächste Zeit noch mit der Andauer des gegenwärtigen Zustands rechnen müssen.

Deutscher Reichstag.

W Berlin, 17. Nov.

(Schluß der Freitagssitzung.)

Höfel (Sp.): Mit der Kanalisierung der Mosel und der Saar würde eine erhebliche nationale Last geleistet werden.

Am Jahnhoff (Z.): Der Antrag auf Regulierung der Mosel geht zu weit.

Frank (Soz.) verlangt Kanalisierung von Mosel und Saar.

Minister v. Breitenbach: Ueber einen Teil der Projekte ist eine Verständigung nach der technischen und wirtschaftlichen Seite hin erfolgt. Das ist in die Bezeichnung obligatorische Projekte hineingelegt worden. Nicht obligatorisch sind die sonstigen Projekte, die den Einzelstaaten vorbehalten bleiben.

Dejer (f. Sp.) verlangt die Kanalisierung der Mosel im Interesse der aufsteigenden Industrie in Lothringen. Wird unsere Forderung abgelehnt, so stimme ich mit einem großen Teil meiner Freunde gegen das Gesetz.

Ministerialdirektor Peters erklärte eine von dem Vordredner ausgesprochene Befürchtung, daß die Abgaben anderweitig verwendet würden, ohne die Ströme zu regulieren, für nicht zutreffend.

Schmid-Konstanz (natl.): Die Kanalisierung des Oberrheins wäre von den Einzelstaaten viel schneller durchzuführen, wenn die Abgabefreiheit gesichert würde. Die deutschen Ortschaften wie Lauffenburg, Singen und Konstanz würden viel schlechter gestellt sein, als die gegenüberliegenden schweizerischen Plätze. Die in den letzten Jahrzehnten erstrecklich gewachsene badische Industrie würde beträchtlich beeinträchtigt werden. Die Preisgestaltung im Süden wird durch die Schiffahrtsabgaben erheblich beeinträchtigt werden. Wir wissen überdies nicht, wie sich die Verträge mit der Schweiz

und Oesterreich gestalten werden. Ich werde gegen die Abgaben und somit gegen das Gesetz stimmen.

Jahnhoff (Z.): Für das ganze Hochland am Bodensee, Schwarzwald u. s. w. ist eine gute Flußverbindung von größter Bedeutung, schon, um für die dortige Industrie die nötige Kohle herbeizuschaffen.

Naumann (f. Sp.): Infolge dieses Gesetzes wird für einzelne Teile des württ. Landes das Brot tatsächlich verbilligt werden.

Sildenbrand (Soz.): Der von uns gestellte Antrag, die Reichsanstalt bis Eslingen fortzuführen statt bis Hellbronn ist das Wichtigste, was wir angesichts der ungeheuren Belastung verlangen können.

Nach weiteren Bemerkungen des Ministers v. Breitenbach schließt die Diskussion. Der von den Sozialdemokraten und den Nationalliberalen gestellte Antrag auf Kanalisierung der Mosel und der Saar wird mit 188 gegen 109 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt. Art. 2 § 1 wird unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso die §§ 2-6. Zu § 7 liegt ein soz. Antrag vor, auch die Berufsvertretung von Gewerben neben denen von Handel, Industrie und Landwirtschaft zu den Strombeiträgen zuzuziehen. Der Antrag wird abgelehnt. Ebenso werden die übrigen Anträge zu § 7 abgelehnt.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 11 Uhr vertagt.

Berlin, 18. Nov.

Am Bundesratsitz Minister Breitenbach.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20. Mehrere Petitionen deutscher Vereinigungen in China betr. die Ausgabe kleiner Aktien für Kiautschou werden ohne Erörterung gemäß dem Kommissionsantrag dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Hieraus wird die zweite Beratung des Schiffsahrtsabgabengesetzes bei Art. 2 § 8 (Festsetzung der Tarife und Abgabefreiheit des Personen- und Frachtwerkehrs) fortgesetzt. Hierzu liegen mehrere Anträge vor. Unter anderem beantragen die Sozialdemokraten, außer Kohlen und Erzen auch Nahrungs- und Futtermittel in die unterste Tarifklasse zu legen.

Pfeiffer (Zr.): Mit Genugtuung begrüße ich, daß die Frachtwere von diesem Gesetz nicht betroffen wird. Wenn gestern der Abgeordnete Schmid abgelehnt hat, daß beim Wahlkampf in Konstanz die Liberalen gelogen haben, so hat er damit eine granitene Säule bewiesen, die härter, als die Berge seiner Heimat.

Naumann-Württemberg (f. Sp.): Die Rede des Abg. Pfeiffer zeugt von tiefstem Unmut über die Niederlage in Konstanz (lebh. Beif. links). In § 8 handelt es sich um die Kompetenz der Strombeiräte und es fragt sich, ob sie nicht in der Lage sind, mehr als im Sinne des Gesetzes die Tarife zu erhöhen.

Ministerialdirektor Peters: Die Strombeiräte werden sich bei Festsetzung der Tarife selbstverständlich mit der Reichsregierung ins Benehmen setzen. Andererseits würde die Regierung natürlich ohne die Strombeiräte dem Reichstag kein Gesetz vorlegen.

Ministerialdirektor Ritter v. Grafmann: Die bayrische Regierung wird für die Frachtwere in Aischaffenburg Vorrichtungen zur Erleichterung des Umschlages und überhaupt des ganzen Verkehrs treffen.

Dr. David (Soz.): Zum drittenmale ist vom Zentrum in diese Debatte ganz unmotiviert der Konstanzer Wahlkampf hineingezogen worden. Das ist ein Beweis von der Größe des Schmerzes, den das Zentrum empfindet. Was die Kompetenzfrage bei der Aufstellung des Tarifs anlangt, so hat das Reich nach wie vor nach der Verfassung das Recht, einzugreifen. Wir wollen, daß auch die Futtermittel im Interesse der kleinen Bauern in der unteren Tarifklasse bleiben.

Dejer (f. Sp.): Es wäre erwünscht, bei der erstmaligen Verteilung der Güter auf die einzelnen Tarifklassen die Güterklassen der Eisenbahnfrachttarife zum Anhalt zu nehmen. Sollte unser dahingehender Antrag abgelehnt werden, so muß durch einen Zusatz im Gesetz dafür gesorgt werden, daß die Futtermittel in die unterste Tarifklasse kommen.

Stolle (Soz.): Wenn das Zentrum seine Behauptung wahr machen will, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten, so möge es unserem Antrag, die Futtermittel in die unterste Tarifklasse zu stellen, zustimmen.

Hausmann (natl.): Wenn in dem Gesetz der Weiser gewisse Vorteile eingeräumt werden, so sollten auch der Aller dieselben Vergünstigungen gewährt werden.

Ministerialdirektor Peters: Demselben letzten Antrag kann die Regierung zustimmen. Die Futtermittel in das Gesetz einzubeziehen, dagegen bestehen eigentlich nur formelle

Bedenken. Bei dem Brotgetreide ist auf die erhebliche Differenz zwischen Eisenbahn- und Wasserfrachten hinzuweisen. Zu speziellen Maßnahmen scheint kein Anlaß vorzuliegen. Ich bitte Sie, sämtliche übrigen Anträge abzulehnen.

Vizepräsident Dr. Spahn teilt mit, daß ein weiterer Antrag dieser eingegangen ist, wonach Abgabebefreiung nur eintreten soll, wenn die Fahrzeuge vom Eigentümer oder dessen Angehörigen selbst gefahren werden und der Eigentümer nicht mehr als zwei Schiffe besitzt.

Günther (f. Sp.): Sachsen mit seiner großen heimarbeitenden Bevölkerung hat das größte Interesse an billigem Brotgetreide, deshalb können wir auf billigen Transport von Getreide nicht verzichten.

Gothein (f. Sp.): Da in diesem Gesetz die Tarife erstmalig festgesetzt werden, so müssen wir für künftige Fälle Vorkehrungen treffen.

David (Soz.): Es wäre kein Fehler, allgemeine Nahrungsmittel in die letzte Tarifklasse zu setzen. Damit schließt die Debatte.

Schließlich werden sämtliche Anträge mit Ausnahme desjenigen abgelehnt, der auch der Aller Vorteils der Tarifermäßigung zugestimmt. § 8 wird im übrigen unverändert angenommen.

Bei § 10 beantragt Abg. Strombeck (3.) die Bestimmung, wonach die von den Verbänden beschlossenen Tarife erst nach Ablauf von 6 Monaten seit der Verkündung in Kraft treten soll, zu streichen.

Ministerialdirektor Peters bittet, dem Antrag zuzustimmen. Der Antrag wird angenommen und ebenso § 10 in entsprechender Weise. § 11 regelt den Beginn der Abgabeverhebung.

Hausmann (natl.) beantragt für den Weserverband eine Abänderung des Abgabebeginns dahin, daß zunächst die Höhe des mittelkleinen Wassers auf der Aller und Weser zur Hälfte erhöht sein muß.

Ministerialdirektor Peters bittet, dem Antrag zuzustimmen, dagegen den Antrag dieser abzulehnen, wonach die Abgabe auf dem Rhein bis zur Herstellung einer Fahrwasserstraße von 2,50 Mtr. zwischen Mannheim und St. Goar sowie auf der Weser während der ganzen Arbeiten höchstens die Hälfte der sonstigen Sätze statt $\frac{1}{4}$ der Vorlage betragen soll.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Hausmann angenommen, ebenso § 11. Der Rest des Art. 2 passiert ohne Debatte. Die Beratung über den von den Freisinnigen beantragten Art. 2 a, sowie über die Art. 3 und 7 wird von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Gothein (f. B.) angedroht hat, im Falle des Widerspruchs die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. Art. 4, 5 und 8 werden angenommen. Bis auf die zurückgestellten Teile ist damit die zweite Lesung des Gesetzes erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs betr. die Aenderung der §§ 114a und folgende der Gewerbeordnung.

Die Novelle bestimmt die Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln für bestimmte Gewerbe. § 114 a wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. In § 114 b hat die Kommission die Bestimmung aufgenommen, daß nach Bestimmung des Bundesrats die Lohnbücher in der Betriebsstätte verbleiben dürfen, wenn die Arbeitgeber glaubhaft machen, daß die Wahrung von Fabrikationsgeheimnissen diese Maßnahme erfordert. Den beteiligten Arbeitern ist Gelegenheit zu geben, sich vor Erlaß dieser Bestimmung zu äußern. Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung dieses Zusatzes wird abgelehnt. Ohne Debatte wird § 114 c, d und e angenommen. § 120 regelt das Fortbildungsschulwesen. Er wird in der Fassung der Kommission angenommen. § 120 b sieht die Möglichkeit vor, aus sanitären Rücksichten die Dauer der täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen durch Polizeiverordnung zu regeln.

Heinrich von Kleist.

Zur 100. Wiederkehr seines Todestages.

Zwischen Berlin und Potsdam, dort, wo am Ufer des kleinen Wannsees in den letzten Jahren eine reizende Villenkolonie neu entstanden ist, liegt auf einem kleinen Streifen ausgesparten Waldbodens das Grab Heinrichs von Kleist an der Stelle, wo er selbst seinem Leben ein Ende gemacht hat. Er starb als ein Verzweifelter und fast Verlorener, von seiner Familie so gut wie aufgegeben, als ein ruhmloser politischer verdächtiger Zeitungsschreiber, als ein Mann ohne Existenz, der keine Aussicht hat, eine zu erlangen. Wir können es heute kaum begreifen, wie es dahin mit ihm kam, wir, die wir wissen, was er in Wirklichkeit war: einer der größten Dramatiker und Erzähler, die Deutschland hervorgebracht hat, der erste Dichter der Mark und der einzige echte Sänger Preußens und seines Herrscherhauses, der glühendste Patriot und derjenige unter allen Freiheitsdichtern, der mit der mächtigsten Stimme und mit dem hinreißendsten Temperament zum Kriege gegen Napoleon aufgerufen hat. Aber so grausam ist das Schicksal mit ihm verfahren, daß gerade er zu seinem Volke nicht sprechen durfte, sondern zu furchtbarem Schweigen verurteilt war. Sein Drama „Die Hermannschlacht“, diese von Sorge und Liebe für sein Volk und von rasendem Haß gegen den Unterdrücker glühende Freiheitsabhandlung vermochte er weder zum Druck zu befördern noch auf die Bühne zu bringen. Um sich Gehör zu verschaffen, war er bereit, auf jedes Honorar dafür zu verzichten, trotzdem seine Lage wahrlich nicht glänzend war. „Ich schenke es dem deutschen Volke“, lauteten seine stolzen Worte; aber das deutsche Volk nahm dies Geschenk nicht

Schmitt (Soz.): Wir hätten die prinzipielle Festlegung des Maximalarbeitstages gewünscht. Auf jeden Fall wünschen wir, daß im Wege der Verständigung gegen eine übermäßige Dauer der schädlichen Arbeitszeit eingeschritten werden kann.

Fleischer (3.): Wenn man sich mit dem Antrag der Sozialdemokratie auch befreunden kann, so ist doch keine Aussicht auf seine Annahme vorhanden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Coerling (natl.), Molkenbühr (Soz.), Pöper (3.), Stadthagen (Soz.) und Bebel (Soz.) wird der soz. Antrag abgelehnt. Die §§ 120 und folgende werden ohne wesentliche Debatte angenommen. Das Gesetz tritt am 1. April 1912 in Kraft.

Nächste Sitzung Montag, 27. Nov., 2 Uhr, mit der Tagesordnung Kolonialbahnen, Hausarbeitsgesetz u. a. Schluß gegen 6 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Nagold, 20. November 1911.

* **Todesfall.** Heute nacht starb nach nur achtstägiger schwerer Krankheit in der Blüte der Jahre Herr Seminarlehrer Weber, Leutnant der Reserve. Der Verstorbene erfreute sich beim Leichkörper sowohl als bei den Seminaristen und in allen Kreisen der Einwohnerschaft aufrichtiger Sympathien; die Nachricht von seinem Tode wird überall schmerzliche Gefühle auslösen.

* **Zur Reichsversicherungsordnung.** Es wird insbesondere unsere Leserinnen interessieren, daß die bisherigen Beitragserstattungen im Heiratsfall ab 1. Januar 1912 wegfallen. Alle weiblichen Versicherten, die sich bis zum 31. Dezember 1911 verheiratet werden und Anspruch auf Erstattung ihrer Versicherungsbeiträge erheben wollen, müssen dies spätestens bis zum 31. Dezember 1911 bei der zuständigen Behörde (Ortsbehörde) beantragen. Mit Rücksicht auf die Vorteile für die Arbeiterversicherung der Invaliden- und Altersversicherung möchten wir aber den Beteiligten dringend raten, von der Inanspruchnahme der Beitragsrückzahlung abzusehen und die Anwartschaft auf die Invalidenrente im Invaliditätsfall oder der Altersrente im Falle der Zurücklegung des 70. Lebensjahrs durch freiwillige Weiterversicherung aufrecht zu erhalten. Hierzu genügt schon die Verwendung von 10 Mark den I. Lohnklasse jährlich.

1. **Altentfest.** 19. November. Nachdem den ganzen Sommer über die Tarnhalle zur Abhaltung der Gottesdienste benützt wurde, konnte heute unsere Kirche wieder ihrer Bestimmung übergeben werden; denn die vorgenommene Renovierung ist beendet, und zwar hebt man nur Worte des Lobens über die gelungene Arbeit. Fast etwas zu viel Farbe für das in einfacher Vereinsform eingerichtete Innere des Gotteshauses. Der heutige Gottesdienst wurde mit einer Ansprache von Dekan Pfleiderer aus Nagold eröffnet. Kirchenchor und Plederkranz trugen durch ihre Beiträge zur Erhöhung der Feier bei. Bei dem Abendgottesdienst um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr erstrahlte die Kirche in elektr. Licht. Es war stimmungsvoller Gottesdienst, bei dem Bezirkschulinspektor Schott die Orgelbegleitung übernommen hatte und Stadtpf. Werner von Berner vier Baritonjole mit seiner prächtigen Stimme zum Vortrag brachte, auch Kirchenchor und Plederkranz wieder mitwirkten. Durch einen Schülerchor wurden einige Melodien aus dem Gesangbuchentwurf gesungen. — Die Orgel hat elektrischen Windantrieb bekommen. In der Kirche wurde Zentrallüftung eingerichtet, doch hat sie heute nicht zu voller Zufriedenheit funktioniert. Auch haben die Sänger es als Mißstand empfunden, daß der Platz um die Orgel ganz eben gehalten, nicht mehr stufenweise erhöht ist. Ein größerer Teil der Unkosten konnte durch die namhafte Stiftung des in Lyon verstorbenen Kaufmanns Karl Henßler von hier gedeckt werden.

r **Horb, 19. Nov.** (Neues Elektrizitätswerk.) Das Elektrizitätswerk Weitenburg G. m. b. H. ist nunmehr gegründet worden. Gesellschafter sind Freiherr v. Köhler, die Firma Otto Höhn in Stuttgart und die Maschinenhandlung J. Bögele in Horb. Mit dem Bau des Werkes wird sofort begonnen.

p **Ein Erlaß der Oberschulbehörden** für die Volksschule, betreffend Belehrung der Schüler über die Berufswahl besagt: Im Interesse der Fürsorge für die aus der Volksschule austretende Jugend erscheint es erwünscht, wenn die Lehrer angemessene Zeit vor der Schulentlassung die Schüler auf die Wichtigkeit einer richtigen Berufswahl aufmerksam machen. Den Lehrern ist daher schon früher empfohlen worden, auf die unentgeltliche Stellenvermittlung der von den Gemeinden errichteten Arbeitsämter hinzuweisen, auf Ersuchen dieser Ämter oder der Handels- u. Handwerkskammern gedruckte Belehrungen und Formulare an die austretenden Schüler auszuteilen und den Eltern auf ihre Bitte bei Ausfüllung und Einsendung der Formulare behilflich zu sein. Dies wird hienüt in Erinnerung gebracht. Neuerdings ist auch von der Zentralstelle für Landwirtschaft ein Merkblatt „Zur Berufswahl: Stadt oder Land?“ ausgearbeitet worden, das den Lehrern der ältesten Schüler in ländlichen Gemeinden zugehen wird. Den Lehrern wird empfohlen, dieses Blatt, das auf die Vorzüge der Landwirtschaft hinweist, den Schülern mit entsprechender Erläuterung des Inhalts zu übermitteln. Es darf vorausgesetzt werden, daß wie die gedruckten Belehrungen und Merkblätter, so die etwaigen mündlichen Erläuterungen und weiteren Hinweise alles Polemische und jede Einseitigkeit vermeiden. Dieser Erlaß tritt an die Stelle der beiden oben angeführten Erlasse.

r **Stuttgart, 7. Nov.** (Spielplan der R. W. Hoftheater). Sonntag 19.11. (8 B) Lohengrin (6 $\frac{1}{2}$), Montag 20.11. (A 6) Die Jungfrau von Orléans (7 $\frac{1}{2}$), Dienstag 21.11. (B 6) Der fliegende Holländer (7 $\frac{1}{2}$), Mittwoch 22.11. (C 7), Hoffmanns Erzählungen (7 $\frac{1}{2}$), Donnerstag 23.11. (B 7) Die Stützen der Gesellschaft (7 $\frac{1}{2}$), I. Abonnementkonzert (8), Freitag 24.11 (A 7) Der seltene Bauer (7 $\frac{1}{2}$), Samstag 25.11. (C 8) Simon (7 $\frac{1}{2}$), Sonntag 26.11. Gedächtnisfeier für Heinrich v. Kleist: I. Teil: Ouverture zu Rüdiger von Heilbrunn, II. Teil: Der zerbrochene Krug, III. Teil: Gedächtnisrede Siegfrieds Tod (11) Sonntag 26.11. (III SA) Die Stimme von Partici (7), Montag 27.11 (A 8) Moral — Lotthens Geburtstag (7 $\frac{1}{2}$). R. Wilhelmtheater Turnus V. Sonntag 19.11. I. Klasse — Die Medaille (3), Glaube und Helmut (7), Dienstag 21.11. Vorstellung für den Verein für Volksbildung in Cannstatt: Die Stützen der Gesellschaft (8). In Fämingen: Freitag 24.11. Helden, Samstag 25.11. Les Femmes savantes (3), abends Le monde ou l'on s'ennuie (7 $\frac{1}{2}$), Sonntag 26.11. Im weißen Rößli — Als ich wiederkam (7).

p **Sportel für Tanzerlaubnis.** Da verschiedene Schulheizenämter von der Ansicht ausgehen scheinen, daß für die Tanzerlaubnis bei Hochzeiten auch künstlich keine Sportel anzusetzen sei, wird in der Württ. Gemeindezeitung darauf hingewiesen, daß Hochzeiten sportelspflichtig sind, soweit die Tanzunterhaltung in einem öffentlichen Lokal stattfindet.

r **Stuttgart, 18. Nov.** (Tödliche Folge.) Der von dem Irrensinigen in der Stiggenburgstraße ins Auge geschossene Schuhmann Rothfuß ist gestern abends 6 Uhr im Katharinenhospital seinen schweren Verletzungen erlegen.

Eine weitere Verstümmelung der R. Anlagen. Wer sich einen Begriff davon machen will, was der Bahnbau von den königlichen Anlagen an dem Baubestand für Opfer fordert, der wird staunend auf alle die seit heute mit weißer Farbe bezeichneten Bäume sehen, an die die unerträglichste Art geiegt werden soll. Die herrlichen Platanen und Kastanien, mehr denn 200, sind dem Unter-

an. Und ebenso ging es mit seiner letzten und reifsten Dichtung „Prinz Friedrich von Homburg“, die eine rühmliche Epoche vaterländischer Geschichte vor Augen führt, um zur Nachlieferung anzuregen. Beide Werke sind erst zehn Jahre nach Kleists Tode der Gefahr entziffen worden, überhaupt verloren zu gehen, ein Schicksal, dem ein vollendeter Roman Kleists wirklich anheimgefallen ist. Dieser geborene Dramatiker hat nie eine Szene von sich auf der Bühne gesehen. Zwar wurde bei seinen Lebzeiten, aber nicht in seiner Gegenwart, „Der zerbrochene Krug“ von Goethe in Weimar auf die Bühne gebracht. Die Aufführung jedoch führte zu einem vollständigen Mißerfolg, nicht ohne Goethes Schuld, der das einaktige Lustspiel unbegrifflicher Weise in drei Akte zerlegt hatte. Und während Kleist seine meisterhaften Erzählungen für ein unglaublich niedriges Honorar dem Verleger überlassen mußte, durfte Theodor Körner die wunder-volle Novelle „Die Verlobung auf St. Domingo“ zu einem Rührstück „Loni“ verklären und hatte bei seiner Aufführung in Wien einen rauschenden Erfolg. Drei Zeitungsunternehmungen hintereinander mißlangten Kleist: Eine literarische Zeitschrift „Phöbus“ von vornehmstem Charakter fand trotz des ausgezeichneten Inhalts kein Interesse; eine Zeitung „Germania“, zu der ihn die Erfolge der Oesterreicher gegen Napoleon im Jahre 1809 angeregt hatten und mit der er auf seine Weise in den Befreiungskrieg einzugreifen gedachte, kam überhaupt nicht zustande, da der Sieg Napoleons bei Bagram alle Hoffnungen vernichtete; die Artikel, die Kleist hierfür schon geschrieben hatte, blieben unerschlossen; und ein letztes Unternehmen „Die Abendblätter“, eine politische Tageszeitung mit ganz bestimmtem Programm, hatte zwar zuerst großen Erfolg, wurde aber bald von der Zensur so geknebelt, daß das Interesse und damit der Absatz schnell

jank und das Blatt eingehen mußte. Und als nun gar der König von Preußen, statt, wie Kleist hoffte, das Volk zum Kriege aufzurufen, mit Napoleon ein Bündnis schloß, sah der Dichter sich auch den letzten Weg versperrt, nämlich wieder Offizier zu werden, da er nur gegen, nicht für Frankreich die Waffe erheben wollte. So, in all seinen Hoffnungen getäuscht, von Menschen und Schicksal im Stich gelassen, erschöpfte er sich am 21. November 1811. Kaum ein Jahr darauf befand sich Napoleon mit seinem erschöpften Heer auf dem Rückzug von dem verbrannten Moskau, und noch im November 1812 wurde der größte Teil seiner Truppen an der Beresina vernichtet. Es war der Anfang von Deutschlands Befreiung.

Das deutsche Volk hat gutgemacht, soweit solche Sünden gutzumachen sind: Kleist Werke fehlen heute in keiner Bibliothek, seine Dramen werden in den Schulen gelesen und auf dem Theater gespielt. Eine vorzügliche Ausgabe, geeignet, eine wirkliche Volksausgabe zu sein, ist die im Rahmen der Goldenen Klassiker-Bibliothek von Hermann Gilow, Willy Manthey und Wilhelm Waetzoldt herausgegebene in sechs Teilen (in zwei stattliche Leinenbände gebunden M 3.50.) Sie enthält die poetischen Werk vollständig, in zuverlässiger Textgestaltung, ferner alle irgend wichtigen Aufsätze und von den Bienen eine so reiche Auswahl, daß man mit ihrer Hilfe Kleists Schaffens- und Lebensweg verfolgen kann; Lebensbild, Einleitungen und Anmerkungen ergänzen nach dem Prinzip der Goldenen Klassiker-Bibliothek die Werke des Dichters und tragen zu leichterem Verständnis und höherem Genuß bei. Eine Reproduktion des bekannten Krügerischen Kleistbildes sowie zwei Faksimilebelegungen schmücken die Bände.

